



## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 15. September 2021**

### **4365. 2020/216**

**Interpellation von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 27.05.2020:  
Angekündigte Lockerung des Versammlungsverbots für Demonstrationen in  
Zürich, Grundlagen für den Entscheid und Gewichtung der Gesundheit der  
Bevölkerung gegenüber dem Demonstrationsrecht sowie Gründe für das unter-  
schiedliche Vorgehen der Einsatzleitung bei Veranstaltungen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1096 vom 25. November 2020).

*Derek Richter (SVP) nimmt Stellung: Wir befinden uns seit zwei Jahren in einem permanenten Ausnahmezustand. So auch am 14. Mai 2020 als wir während der Kommissionsberatung erfuhren, dass das Sicherheitsdepartement über eine Medienmitteilung mitteilt hatte, das Versammlungs- und Demonstrationsverbot werde gelockert. Zwei Stunden später wurde dies vom Kanton dementiert. Man fühlt sich hier wie in einer Kakophonie und auch ein wenig an das alte Hickhack zwischen den Vorsteherinnen der Sicherheitsdepartement von Kanton und Stadt erinnert. Heute haben wir in der Stadt eine grüne und im Kanton eine rote Vorsteherin. Wenn sich selbst zwei Linke nicht mehr einig sind, kommt man nicht mehr nach. In diesem Zusammenhang möchte ich auch das allgemeine Unverständnis zum Ausdruck bringen, dass das «Alba-Festival» untersagt wurde, gleichzeitig die «Zürich Pride» aber durchgeführt werden konnte. Das versteht kein Mensch. Auch die Regel, dass man als einziger Gast in einem Café seine Gesundheit offenlegen muss, während gleichzeitig Dienstleistungen von Prostituierten in Anspruch genommen werden können, ohne einen Test nachzuweisen, ist Kakophonie. Gemäss des «Best practice» Prinzips sollte Zürich als grösste Stadt der Schweiz in der Konferenz der städtischen Stadtsicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD) die führende Rolle übernehmen. Es gelingt mir aber einfach nicht, mir die aktuelle Vorsteherin des Sicherheitsdepartements führend vorzustellen. In der Antwort auf Frage 7 schreibt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements, dass sie selbstständig und eigenverantwortlich handelt. Ich kann bis heute nicht glauben, dass dies hier so steht, übernimmt die Vorsteherin doch bis heute keine Verantwortung. Es ist allerdings nicht unbedingt den Grünen anzulasten, dass STR Karin Rykart sich in dieser Position befindet. Es war nämlich nicht ihr Entscheid, diese Position zu übernehmen, sondern von STP Corine Mauch, die sie in diese Position drängte. Zum Glück kann der Souverän bald – im Frühling nächsten Jahres – die Positionen neu besetzen. Ein Wechsel kann eigentlich nur Verbesserung bedeuten. Bezüglich des Versammlungsverbots sehen wir von Seiten Politik quasi ein Vollversagen, insbesondere von unserem linken Bundesrat: eine toxische Mischung aus Willkür, Ahnungslosigkeit, Willfährigkeit und Machtgeilheit. Auch von Seiten Wissenschaft beobachten wir eine Kakophonie ohne jegliche Evidenz. Lobbyismus scheint Oberhand gewonnen zu haben. Aber auch die Medien – die vierte Macht im Staat – nehmen ihre Verantwortung nicht wahr. Es herrscht Hofberichterstattung – von Kritik Fehlansage. Am 28. November können wir den Missstand beenden: Das Referendum gegen*



2 / 2

*das unsägliche Covid-19-Gesetz kam zustande. Beenden Sie den Wahnsinn, die Willkür und die Spaltung unserer Gesellschaft.*

Das Geschäft ist erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat